

THOMAS HÖPEL, Frauenwahlrecht und Demokratisierung in Leipzig 1900–1933 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 22), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2020. – 190 S., 29 s/w Abb., geb. (ISBN: 978-3-96023-366-4, Preis: 33,00 €).

Das 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts bot einigen Kommunen und Bundesländern Anlass, um die Geschichte der ersten weiblichen Stadt- und Landtagsabgeordneten in Publikationen und Ausstellungen sichtbar zu machen (Frauenstadtarchiv Dresden, Wanderausstellung zum 100. Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts in Sachsen; B. v. HINDENBURG, *Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919–1933*, Frankfurt/Main 2017; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, *Wegbereiterinnen der Demokratie im Südwesten*, online abrufbar unter: <https://www.lpb-bw.de/wegbereiterinnen-demokratie>, Zugriff 9. Juni 2021). Auf die Spurensuche begab sich auch der Leipziger Historiker Thomas Höpel, der mit seinem Buch eine erste umfassende Darstellung über das politische Wirken von Frauen im Leipziger Stadtparlament vorgelegt hat. Darin untersucht er, wie sich seit der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Frauen insbesondere in den städtischen Wahlkörperschaften, dem Stadtverordnetenkollegium und dem Stadtrat entwickelt haben und welche Hürden Frauen dabei zu überwinden hatten. Die Quellenbasis umfasst verschiedene Unterlagen wie Protokolle, Berichte und Beschlüsse aus dem Leipziger Stadtarchiv, dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, Landesarchiv Berlin und Bundesarchiv Berlin. Neben den Beständen der kommunalen Verwaltung wertete Höpel zeitgenössische Lokalzeitungen, Periodika und gedruckte Quellen aus. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1900 bis 1933 und deckt damit die Phase zwischen dem enormen Mobilisierungsschub und Abbruch der Frauenbewegung durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten ab. Um die Phase vor 1918 entsprechend analytisch bearbeiten zu können, verwendet Höpel einen erweiterten Politikbegriff. Er beschränkt sich nicht nur auf das Wahlverhalten und die politischen Praxen innerhalb der Gemeindevertretung, sondern auch auf die Formen außerparlamentarischer politischer Partizipation von Frauen. Dieser Ansatz ist klug gewählt, denn er ermöglicht nachvollziehbar aufzuzeigen, auf welche Widerstände Frauen bereits bei ihrem Bestreben stießen, gleichberechtigt Ämter in der kommunalen Armenfürsorge zu übernehmen und wie diese starren patriarchalen politischen Strukturen sich nach 1918/19 fortsetzten.

Die Lokalstudie gliedert sich in fünf Kapitel. Zunächst setzt sich Höpel in der Einleitung intensiv mit dem aktuellen Forschungsstand und Kontroversen über das Frauenwahlrecht auseinander. Insbesondere die von den beiden Historikerinnen Hedwig Richter und Kerstin Wolff tradierte Fortschrittserzählung unterzieht er einer kritischen Befragung. Während Richter, Wolff, aber auch Ute Planert und Angelika Schaser vor allem die Frauenbewegung als die entscheidende Kraft für die Durchsetzung des Frauenwahlrechts betrachten, sieht Höpel hingegen die Sozialdemokratie als jene maßgebliche politische Akteurin, die die Einführung des Wahlrechts für Frauen bewirkte. Damit knüpft er an die These von Gisela Notz an, wonach ohne den internationalen Kampf der sozialistischen Frauenbewegung die Durchsetzung des passiven und aktiven Wahlrechts für alle Frauen nicht möglich gewesen wäre. Diese Interpretation ist vor dem Hintergrund der in der Forschung und in den Jubiläen häufig übergangenen sozialdemokratischen Frauenbewegung verständlich und kann als Aufforderung für mehr Forschung interpretiert werden. Leider kommt Höpel diesem Unterfangen selbst nur beschränkt nach. Zwar geht er auf die Bemühungen der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Leipzig um das Frauenwahlrecht ein und beschreibt die Sozialdemokratinnen als diejenigen, die von Anfang bis Ende der Weima-

rer Republik sich für die Gleichberechtigung der Frauen am entschiedensten eingesetzt haben. Zugleich legt er aber dar, dass die Themen der Sozialdemokratinnen wie Fürsorge und Wohlfahrtspflege innerhalb der Partei keine Priorität besaßen und diese der sogenannten Klassenfrage untergeordnet waren (aktuell dazu: V. STREICHHAHN/F. JACOB (Hg.), *Geschlecht und Klassenkampf*, Berlin 2020).

Im ersten Kapitel betrachtet Höpel den Kampf um die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten in Leipzig, die unter anderem die kommunale Armenpflege und Ämter sowie das (Gemeinde-)Wahlrecht umfassen (S. 31-61). Im zweiten Kapitel thematisiert er die ersten allgemeinen Wahlen in Leipzig und zeigt auf, wie die Parteien im Wahlmarathon um die Stimmen der Frauen buhlten (S. 62-82). Anschließend untersucht Höpel die Frauen im Leipziger Stadtparlament zwischen 1919 und 1993 und veranschaulicht mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen die weiblichen Stadtverordneten sowie deren parteipolitische wie soziale Zusammensetzung und das Wahlverhalten der Frauen (S. 83-99). Seine Erkenntnisse ordnet er mittels eines Vergleichs mit anderen Flächenstaaten ein. Bis hierhin brauchen Leserin und Leser einen langen Atem, denn erst im vierten Kapitel, über die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Arbeit von Frauen im Leipziger Stadtparlament, treten die weiblichen Stadtverordneten eigentlich in Erscheinung (S. 100-142). Dieser Abschnitt gehört zu den stärksten des Buches. Höpel gelingt es anschaulich zu vermitteln, wie die Frauen sich in die Arbeit und Abläufe der kommunalpolitischen Arbeit einübten und sich zu Expertinnen in bestimmten Fachgebieten entwickelten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die DDP-Abgeordnete Edith Mendelssohn-Bartholdy, die USPD-Politikerinnen Anna Geyer und Johanna Schult, die KPD-Abgeordnete Anna Schumann sowie Anna Ackermann, Kommunalpolitikerin des bürgerlich-konservativen Lagers, zu nennen. Zugleich legt er nachvollziehbar dar, dass nicht nur das Geschlecht ein Hinderungsgrund für die politische Arbeit von Frauen darstellte, sondern auch macht- und parteipolitisches Kalkül sowie Standesdünkel.

Die kommunalen politischen Wirkungsfelder der weiblichen Abgeordneten beschränkten sich in der Weimarer Republik auf jene Gebiete, die als „traditionell weiblich“ eingestuft wurden, nämlich Bildung, Wohlfahrtspflege, Fürsorge und Erziehung. Die Einhegung auf die der „weiblichen Wesensart“ entsprechenden Bereiche erfolgte nicht nur durch die Männer. Vor dem Hintergrund des von nahezu allen weiblichen Abgeordneten vertretenden Konzepts der „geistigen Mütterlichkeit“, wonach sie mittels ihres „frauenhaften und mütterlichen Einflusses“ die Geschicke der Stadt lenken wollten, schlossen sie sich von vornherein von anderen Politikbereichen wie Finanzen und Justiz aus. Mit Blick auf dem von ihm verwendeten erweiterten Politikbegriff geht Höpel auch auf das Vereinsengagement der weiblichen Abgeordneten ein. Dadurch gelingt es ihm, die Frauen als vielseitig engagierte politische Subjekte sichtbar zu machen, die es verstanden, die neuen Partizipationsmöglichkeiten für ihre Anliegen zu nutzen.

Leider bleibt die Rolle der (lokalen) Frauenbewegung in den 1920er-Jahren in Leipzig und deren Verbindung zu den weiblichen Stadtverordneten unterbelichtet. Gab es zum Beispiel seitens der Frauenvereine wie dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein Versuche, Frauen mittels Schulungsmaßnahmen für eine Kandidatur für ein kommunalpolitisches Mandat zu mobilisieren?

Im fünften Kapitel geht Höpel auf die Zurückdrängung von Frauen aus der Leipziger Kommunalpolitik ein (S. 143-160). Hierbei konzentriert er sich insbesondere auf die 1929 einsetzende Doppelverdienerkampagne. Der zunächst geringe und dann zu spät erfolgte Widerstand des Stadtbundes Leipziger Frauenvereine gegen das systematische Herausdrängen der Frauen aus dem öffentlichen und politischen Leben gehört zu den überraschenden wie beklemmenden Befunden dieses Kapitels.

In seinem Fazit fasst Thomas Höpel nicht nur die zentralen Erkenntnisse seiner Untersuchung zusammen, sondern eröffnet mit seinem Ausblick auf den weiteren Werdegang von weiblichen Stadtverordneten in der SBZ und jungen DDR künftige Forschungsperspektiven, das politische Wirken von Frauen in den Kommunen zäsur- und systemübergreifend zu untersuchen (S. 161-170). Mit seiner Lokalstudie belegt der Autor eindrucklich, dass die Geschichte des Frauenwahlrechts und der politischen Partizipation von Frauen im 20. Jahrhundert noch längst nicht ausgeforscht sind und liefert mit seinen Erkenntnissen wichtige Grundlagenarbeit für künftige Studien.

Dresden

Jessica Bock

JEFFREY HERF, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, Wallstein Verlag, Göttingen 2019. – 518 S., 19 s/w Abb., geb. (ISBN: 978-3-8353-3484-7, Preis: 39,00 €).

Auch nach dem Nationalsozialismus ging von deutschem Staatsgebiet Gefahr für Juden aus. Weitgehend bekannt und erforscht sind die antisemitischen und antizionistischen Aktivitäten westdeutscher linker Terrorgruppen. Weniger bekannt ist das kriegsgerische Agieren der DDR gegen Israel und seine Bürgerinnen und Bürger. Jeffrey Herf schließt mit seiner instruktiven Studie diese eklatante Forschungslücke und schreibt ein ebenso zentrales wie erschreckendes Kapitel deutscher Geschichte fort. Die Darstellung setzt mit dem Sechstagekrieg ein, als sich die antizionistische Haltung im Ostblock längst etabliert hatte. Wesentliches Instrument war es dabei, Israel als einen faschistischen Staat zu definieren und somit die eigene Politik in eine vermeintlich antifaschistische Tradition zu stellen. In Westdeutschland wurde der Krieg zum Anlass für die Linke, sich dem Bedeutungswandel des Begriffs Antifaschismus anzuschließen und sich erstmals offen gegen den jüdischen Staat zu positionieren. Terrorgruppen, namentlich die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die „Revolutionären Zellen“ (RZ) und die „Bewegung 2. Juni“, führten diese Position weiter, indem sie Anschläge auf Juden ausübten und mit arabischen Staaten und palästinensischen Organisationen kooperierten. Während diese Umtriebe bereits damals in der Öffentlichkeit präsent waren, war es der DDR gelungen, ihre – sehr viel einflussreicheren, so ein zentrales Ergebnis der Studie – Anstrengungen im Nahen Osten größtenteils geheim zu halten.

Inklusive Einleitung und Schluss ist der Band in 15 Kapitel unterteilt, wobei die grundsätzlich chronologische Ordnung durch thematisch geschlossene Blöcke strukturiert ist. Herf widmet sich zunächst in zwei Kapiteln der Reaktion auf den Sechstagekrieg in der DDR und in Westdeutschland, legt dann in fünf Kapiteln umfassend die Entwicklungen Anfang der 1970er-Jahre dar, und geht anschließend auf die UN-Resolution „Zionismus ist Rassismus“ von 1975 ein. Die drei folgenden Kapitel skizzieren die weiteren Entwicklungslinien bis Anfang der 1980er-Jahre, um abschließend auf den Libanonkrieg von 1982, mit dem es Israel gelang, die akute Gefahr durch die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO) zu beenden, und die folgenden, für Israel ruhigeren Jahre bis 1989 einzugehen.

Der Monografie liegt eine beeindruckende Archivrecherche zugrunde. Da sie die vielen Perspektiven zeigt, die Herf aufgegriffen hat, um Entwicklungen und Verflechtungen nachzuweisen, soll sie an dieser Stelle explizit gewürdigt werden. Die umfangreiche Materialsammlung ermöglicht es ihm, in deutlich größerem Maß als bisherige Studien nicht nur die Ursachen, sondern verstärkt auch die Konsequenzen der Außenpolitik der DDR und der Aktivitäten westdeutscher linker Terrorgruppen dazustellen.